

Rottweil

Bürgerinitiative: Interessierte nicht ausschließen

Von Schwarzwälder-Bote, aktualisiert am 26.09.2010 um 18:37

Rottweil. Mit einem offenen Brief wendet sich Ingeborg Gekle-Maier im Namen der Bürgerinitiative gegen Großgefängnis an die Mitglieder des Rottweiler Gemeinderats. Oberbürgermeister Ralf Broß, Bürgermeister Werner Guhl und die Gemeinderäte lädt sie zur morgigen Kundgebung gegen den JVA-Neubau im Bitzwäldle in die Fußgängerzone ein.

Am Mittwoch, 29. September, stehe die Beauftragung der Verwaltungsgemeinschaft Rottweil und der Stadt Rottweil zur Schaffung des Planungsrechts für den Neubau einer Justizvollzugsanstalt in Rottweil auf der Tagesordnung der Gemeinderatssitzung. Damit entscheide der Gemeinderat an diesem Abend, ob dem Land das Bitzwäldle als neuer Standort für ein Gefängnis angeboten wird. "Sie setzen damit den vorläufigen Schlusspunkt unter einen offiziell seit acht Monaten laufenden Meinungsbildungsprozess zum zehn Kilometer von der Kernstadt entfernten, an der Kreisgrenze zum Zollernalbkreis geplanten Großgefängnisneubau", schreibt Gekle-Maier. "Wir, die unmittelbar davon betroffenen Bürger, haben uns in den letzten Monaten eine Meinung zu diesem Vorhaben gebildet." Den notwendigen Sitz im Gemeinderat, um am Mittwoch mit zu den Entscheidern zu gehören, hätten sie jedoch nicht, lädt die Bürgerinitiative deshalb die Mitglieder des Gemeinderats ein, morgen zur geplanten Kundgebung von 18 bis 19 Uhr zu kommen.

"Hören und sehen Sie", so Gekle-Maier weiter, "das Nein Ihrer Mitbürger zur Vernichtung von 25000 Bäumen, zur Versiegelung einer Fläche von 150000 Quadratmetern, zur Zerstörung wertvollen Lebensraums für seltene Tiere und Pflanzen, zur Errichtung einer Betonmauer von zwei Kilometern Länge und fünfeinhalb Metern Höhe in bislang intakter Natur und zur Verschandelung unseres Landschaftsbildes für die nächsten 100 Jahre".

OB Broß wird aufgefordert, sicherzustellen, dass alle interessierten Bürger an der Gemeinderatssitzung teilnehmen können. Den Sitzungssaal des Neuen Rathauses hält die Bürgerinitiative für ungeeignet, da er keinen ausreichenden Platz bieten könne. "Es kann und darf nicht sein, dass eine öffentliche Sitzung ein weiteres Mal die Mehrheit der interessierten Öffentlichkeit aus Platzgründen ausschließt", regt Gekle-Maier deshalb an, die Sitzung in der Stadthalle abzuhalten.